

**Beschluss (vorläufig)** Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen,  
Menschen retten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen.
- 2 Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms,
- 3 Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch
- 4 den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem
- 5 ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz
- 6 gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität.
- 7 Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von
- 8 Flucht und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer
- 9 weiter aus den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns
- 10 entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite der Seenotretter\*innen und solidarisieren uns
- 11 mit Menschen auf der Flucht.
- 12 Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. CDU und
- 13 CSU stimmten im Europaparlament gegen eine Haushaltlinie für die Seenotrettung und
- 14 gegen eine Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und
- 15 Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich
- 16 Italien, Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten
- 17 einigten, brachte keine Lösung und wurde von den europäischen Innenministern blockiert.
- 18
- 19 Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance,
- 20 die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert,
- 21 wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot
- 22 Gerettete tage- und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat

sich in

23 Luft aufgelöst.

- 24 • libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die  
25 "Alan Kurdi", deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- 26 • Der deutsche Innenminister forderte kurz nach dem Angriff auf zivile  
27 Seenotrettung  
28 einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die  
29 gewalttätigen  
30 Milizen
- 31 • Nach seiner konstruktiven Rolle in den vergangenen Monaten beim Abschluss des  
32 Malta-  
33 Deals tritt der deutsche Innenminister nun wieder für Asylverfahren an den  
34 Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden. Damit  
35 nehmen er  
36 und die Bundesregierung in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den  
37 Außengrenzen  
38 und Hafenschließungen durch Küstenstaaten verstetigt werden.
- 39 • In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta  
40 gezielt  
41 libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone  
42 nach  
43 Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales  
44 Recht  
45 und europäische Werte.

38 **Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:**

- 39 1. ... der Mangel an staatlicher Seenotrettung endlich beendet wird. Es ist eine  
40 Frage des  
41 politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem  
42 Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende  
43 Menschen jedes  
44 Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell zu  
45 unterstützen, sondern als EU selbst aktiv zu werden und endlich ein  
46 europäisch  
47 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.  
48 **Solange sollen**  
49 **die Bundesregierung und die Bundesländer selbst einen aktiven**  
50 **Beitrag zur**  
51 **Seenotrettung leisten und alle Möglichkeiten einer konkreten**  
52 **Unterstützung prüfen.**  
53 .
- 54 2. ... die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine  
55 aufgeklärte  
56 Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei

50 unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen**  
51 **einfahren zu können und**  
52 **von dort aus operieren zu können.** Das Scheitern einer gemeinsamen  
53 Europäischen  
54 Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs  
55 darf nicht  
56 länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe  
57 ausgetragen werden.  
58 Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche  
59 Steine in den  
60 Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für die libysche  
61 Küstenwache reden.  
62 Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich  
63 gemacht werden,  
64 insbesondere die Schiffe im Umfeld sollten im Sinne des internationalen  
65 Rechts  
66 schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um  
67 Rettungsaktionen  
68 einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass  
69 Rettungen  
70 verzögert werden.

61 3. **... eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen**  
62 **Außengrenzen ankommen**  
63 **und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird.** Nur durch eine  
64 schnelle Verteilung  
65 kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und  
66 unwürdige  
67 Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss  
68 die  
69 Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Asylsuchende an den  
70 Außengrenzen Europas  
71 müssen zuverlässig registriert und erstversorgt sowie ihre Daten abgeglichen  
72 werden.  
73 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren und  
74 gemeinschaftlich  
75 vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel schützen. Die Vermengung  
76 dieser wichtigen  
77 grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen Asylpolitik und  
78 Flüchtlingsaufnahme  
79 ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die europäische  
80 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.  
81 Grenzschutz darf nicht bedeuten, dass niemand mehr reinkommt.  
82 Externalisierung von  
83 Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den  
84 Außengrenzen sowie  
85 Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab.  
86 **Außerdem müssen**  
87 **die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten**  
88 **Regionen,**  
89 **Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden.** Dafür

77 sollen die Länder-  
78 Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1)  
79 Aufenthaltsgesetzes ausgenutzt  
80 werden.

79 4. ... **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden.** Wir befürworten  
80 eine Ausweitung der  
81 Resettlement und Relocationprogramme, aber auch der  
82 Landesaufnahmeprogramme. Die EU-  
83 Länder müssen ihren Anteil an dem jährlichen, vom UNHCR ermittelten  
84 Resettlement-  
85 Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das individuelle  
86 Asylrecht wird  
87 dadurch nicht angetastet. So nehmen wir unsere humanitäre Verantwortung  
88 gegenüber  
89 besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr - beispielsweise aus UN-  
90 Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei. Zugleich wollen  
91 wir die  
92 Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte wieder  
93 grundrechtskonform ermöglichen  
94 und setzen uns für humanitäre Visa ein. Die Möglichkeit der Kommunen und  
95 Bundesländer,  
96 eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich  
97 verbessert  
98 werden.

90 5. ...**der Schengen-Kodex eingehalten wird.** Völkerrechtlich unzulässige  
91 Zurückweisungen  
92 von Geflüchteten an den innereuropäischen Schengen-Grenzen darf die EU  
93 nicht weiter  
94 akzeptieren. Sie muss sicherstellen, dass in den EU-Staaten sowohl an den  
95 innereuropäischen als auch Außengrenzen Menschenrechte und  
96 Rechtsstaatlichkeit  
97 gewährleistet werden.

95 6. ... **die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird,**  
96 so lange ihre  
97 Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen an den Ort  
98 zurückbringen, von dem sie gerade fliehen mussten. Im Gegensatz zu  
99 Hilfsorganisationen  
100 sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind  
101 sie für  
102 die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung durch die  
103 EU gibt  
104 es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. In  
105 Libyen selbst  
106 sind Geflüchtete einer unmenschlichen und ausweglosen Lage ausgesetzt,  
107 mit  
108 Gefangenenlagern, willkürlichen Erschießungen, Vergewaltigungen und  
109 Sklaverei. Die  
110 Bundesregierung muss sich deshalb viel stärker mit eigenen Kontingenten  
111 für die

104

Notevakuierung von Flüchtlingen aus den libyschen Gefangenenlagern einsetzen.